

Medienmitteilung

Abstimmung vom 9. Februar: Weichenstellung in der Wohnbaupolitik

Am 9. Februar findet eine Abstimmung über die Wohnbaupolitik statt, die nicht nur für die Stadt Dübendorf wichtig ist, sondern auch auf andere Gemeinden ausstrahlen könnte. Nach der Stadt Zürich wäre Dübendorf erst die zweite Gemeinde im Kanton, welche die Förderung von bezahlbarem Wohnraum in die Gemeindeordnung aufnimmt.

Die Initiative WOHNEN FÜR ALLE wie auch der Gegenvorschlag des Stadtrates verpflichten die Stadt, Wohnungsbau nach dem Prinzip der Kostenmiete zu fördern. Diese Wohnungen werden der Spekulation entzogen und z.B. von selbstverwalteten Wohnbaugenossenschaften, Vereinen oder Stiftungen gebaut und betrieben. Zudem soll auch bei preisgünstigen Wohnungen auf einen ökologisch hohen Standard geachtet werden. Initiative wie Gegenvorschlag wollen im Grundsatz das Gleiche. Gemäss Initiative soll aber die Stadt einen Anteil von gemeinnützigen Wohnungen von 15 Prozent anstreben. Heute beträgt der Anteil je nach Berechnung 5 bis 7 Prozent. Der Gegenvorschlag ist unverbindlicher und enthält keine Zielsetzung. Langfristig ist eine gute Verdoppelung des Anteils von gemeinnützigen Wohnungen wünschenswert und realistisch. Dies ist erreichbar, indem der grössere Teil der für Wohnungsbau geeigneten Landreserven der Stadt an gemeinnützige Wohnbauträger im Baurecht abgegeben oder verkauft wird. Zudem kann der preisgünstige Wohnungsbau auch durch planerische Massnahmen gefördert werden.

Unverständlich ist, warum gemäss Gegenvorschlag neben dem Wohnraum nicht auch preisgünstiger Gewerberaum gefördert werden soll. Dies ist in der Initiative ausdrücklich erwähnt. Das gegenwärtige „Lädelisterber“ in Dübendorf (Buchhandlung, Metzgerei, Papeterie) zeigt, wie aktuell dieses Thema ist. Moderne Siedlungen fördern die Durchmischung von Wohnen, Arbeiten und Einkaufen. Dies müsste die Stadt bei der Wohnbauförderung und der Planung berücksichtigen.

Die StimmbürgerInnen haben am 9. Februar die Wahl, ob sie der Initiative oder dem Gegenvorschlag den Vorzug geben. Das Abstimmungskomitee WOHNEN FÜR ALLE empfiehlt ein JA zu beiden Vorlagen, mit dem Stichentscheid für die Initiative.

Das Komitee besteht aus den Ortsparteien von SP/Juso, EVP, Grünen, dem Mieterverband Zürich/Zürcher Oberland und der Colonia Libera Italiana.

Dübendorf, 14. Januar 2014

Für Rückfragen stehen zur Verfügung:

Andrea Kennel
044 821 51 19
079 669 84 73

Hans Baumann
044 821 26 66
079 686 69 78

Stefan Kunz
043 333 24 69
079 631 34 67

Thomas Stalder
044 822 45 14
079 401 22 21

www.wohnen-in-duebi.ch